

Liebe Leserinnen und Leser,

die Corona-Pandemie und die damit verbundenen Einschränkungen verlangen jedem Einzelnen seit über einem Jahr viel ab. Der Unmut und die Kritik an den Maßnahmen, die die Politik beschließen muss, nimmt zu. Bürgerinnen und Bürger sind zurecht skeptischer geworden. Sie sind die vielen Pressekonferenzen leid: zu vielstimmig, zu widersprüchlich, zu schlecht kommuniziert; zu viele Ankündigungen und Versprechungen, die zu oft nicht gehalten werden.

Das Fehlverhalten einzelner Politiker hat der Union in dieser Situation immensen Schaden zugefügt. Vertrauen ist und war die beste Währung für unsere Politik. Deshalb ist es wichtig, dieses wertvolle Vertrauen wieder zurückzugewinnen. Wir haben uns als CSU klar positioniert und das Fehlverhalten weniger Politiker in aller Deutlichkeit und Schärfe verurteilt. Den Beschluss des Präsidiums können Sie [hier](#) nachlesen.



Auch als EVP-Fraktion im Europäischen Parlament haben wir vergangene Woche mit der Abstimmung über unsere Geschäftsordnung ein klares Zeichen gesetzt: Für Rechtsstaatlichkeit, Respekt und unsere christdemokratischen Werte. Eine weitere Zusammenarbeit mit der ungarischen Fidesz-Partei ist nur auf dieser Grundlage möglich. Von Seiten Budapests und von Viktor Orbán persönlich ist diese in den vergangenen Jahren erheblichen Prüfungen unterzogen worden.

Nichtsdestotrotz: Im Europäischen Parlament standen wieder viele wichtige Themen und Entscheidungen auf der Tagesordnung. Darüber, sowie über meine Arbeit im Wahlkreis, will ich Sie in gewohnter Weise in meinem neuen Newsletter informieren.

Ich wünsche Ihnen eine spannende und informative Lektüre.

Mit freundlichen Grüßen



Mein Europa

EVP-Fraktion: Ein Zeichen der Geschlossenheit

Nach zuletzt unruhigen Wochen und Monaten ist die heutige Abstimmung über die Geschäftsordnung ein Zeichen der Geschlossenheit unserer EVP-Fraktion. Es ist zudem ein deutliches Signal Richtung Budapest, dass es so wie bisher nicht weitergehen kann.

Leider war der heutige Schritt unvermeidlich, da es uns bislang nicht gelungen ist, eine vernünftige Grundlage für unsere Zusammenarbeit mit Fidesz wiederherzustellen. Diese ist in den letzten Jahren von Seiten Budapests und von Viktor Orbán persönlich erheblichen Prüfungen unterzogen worden.

Wir haben nach wie vor ein Interesse an der Zusammenarbeit mit Fidesz, auf Basis von Rechtsstaatlichkeit, gegenseitigem Respekt und unserer christdemokratischen Werte. Die Parteivorsitzenden der EVP-Partei und ihrer Mitgliedsparteien sollten die nächsten Wochen und Monate nutzen, um mit Viktor Orbán zu erörtern, ob es eine gemeinsame Grundlage für eine weitere Zusammenarbeit auf Basis unserer christdemokratischen Werte gibt, oder ob innerhalb der EVP bald ein endgültiger und klarer Schlussstrich gezogen werden muss.

Farm-to-Fork Strategie: Positionspapier der CDU/ CSU-Gruppe

Als CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament setzen wir uns für nachhaltige Lebensmittelketten, eine resiliente Landwirtschaft für zukünftige Generationen und eine qualitativ hochwertige und sichere Lebensmittelversorgung ein. Die Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ (Farm-to-Fork) der Europäischen Kommission ist ein guter Ausgangspunkt, um den Bogen von der Erzeugung von Rohstoffen, der Produktion von Lebensmitteln durch die Landwirtschaft, Fischerei und Verarbeitungsbetriebe über die gesamte Versorgungskette bis hin zu Verbraucherinnen und Verbrauchern zu spannen.

Weiterführende Informationen sowie das Positionspapier der CDU/ CSU-Gruppe finden Sie auf meiner [Website](#).

Langfristige Vision für die ländlichen Gebiete ist richtig und wichtig

Für mich ist wichtig, dass die ländlichen Räume nicht zu einer 'Restgröße' verkommen. Daher müssen wir sie gezielt fördern und stärken. Bayern hat diesen Prozess seit Jahrzehnten vorbildlich vorangetrieben.

[Klicken Sie hier für mehr.](#)

Sehen Sie hierzu auch meine [Videobotschaft](#).

Neues EU-Tiergesundheitsrecht: „Noch zu viele Fragen offen“

Im April soll das neue EU-Tiergesundheitsrecht in Kraft treten. Aus meiner Sicht besteht aber noch in vielen Bereichen Rechtsunklarheit, so dass ich im Agrarausschuss für eine Verschiebung plädiert habe.

Lesen Sie meine [Presseerklärung](#) zum Thema.

Tierwohl hat Priorität - auch beim Transport

Beim Besuch der portugiesischen Agrarministerin, Maria do Céu Antunes, im Tiertransport-Ausschuss habe ich zu einer einheitlichen Umsetzung der bestehenden Vorschriften sowie zukünftiger Maßnahmen aufgerufen.

Lesen Sie meine [Presseerklärung](#) zum Thema.

Mehr Digitalisierung und Künstliche Intelligenz in der Landwirtschaft

Digitale Technologien sind für die Zukunft des Agrarsektors und insbesondere für kleinere und mittlere Betriebe von großer Bedeutung. Daher muss die EU zielgerichtet in Künstliche Intelligenz sowie innovative und effiziente digitale Instrumente für den Agrarsektor investieren.

Lesen Sie mehr dazu in meiner [Presseerklärung](#).

Bäuerinnenstudie Bayern

Die Studie kommt zu einem wichtigen, aber wenig überraschenden Ergebnis: Unsere Bäuerinnen spielen eine bedeutende Rolle - für ihre Betriebe, für ihre Familien und für die Gesellschaft. Die Erhebung zeigt auch, dass die Landwirtschaft den Bäuerinnen eine gute Zukunft bieten kann. Sie wünschen sich neue Strategien zur Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebe und mehr Kommunikation mit der Gesellschaft und den Verbrauchern. Das setzt aber voraus, dass die Politik Perspektiven schafft, anstatt die Arbeit der Landwirte durch immer mehr Regulierung zu blockieren.

Weitere Informationen zur Bäuerinnenstudie finden Sie [hier](#).

Europäische Arzneimittelagentur startet ersten Schritt des Zulassungsverfahrens für russischen Impfstoff Sputnik V

Die Europäische Arzneimittelagentur (EMA) hat ein sogenanntes Rolling Review-Verfahren für den russischen Impfstoff Sputnik V gestartet. Dies ist der erste Schritt im EU-Zulassungsverfahren.

Dazu der gesundheitspolitische Sprecher der EVP-Fraktion, Dr. med. Peter Liese: „[...] Ich begrüße die Tatsache, dass nun von unabhängigen, wissenschaftlichen Experten die Daten der Russen analysiert und bewertet werden. Wie bei den anderen Impfstoffkandidaten werden die Daten rein wissenschaftlich bewertet. Ich schließe nicht aus, dass der Impfstoff als wirksam bewertet - und auch in Europa eingesetzt werden kann. Alles, was uns bei der Bekämpfung der Pandemie behilflich ist, ist selbstverständlich willkommen. Dennoch bleibe ich skeptisch. Die klinischen Daten, die das Gamaleja-Institut zu Sputnik V präsentiert hat, sind für mich immer noch mit einem großen Fragezeichen zu versehen

und die Publikation im Wissenschaftsmagazin Lancet hat ebenfalls kritische Fragen aufgeworfen. Deshalb ist eine genaue wissenschaftliche und kritische Überprüfung der Daten durch die EMA in diesem Fall besonders notwendig. [...]“

Weitere Informationen finden Sie [hier](#)

Lieferkettengesetz

Das Europaparlament hat seine Position für ein ehrgeiziges Lieferkettengesetz verabschiedet. Die Abgeordneten forderten die EU-Kommission dazu auf, verbindliche Sorgfaltspflichten für Unternehmen vorzuschlagen, um den Schutz von Menschenrechten und der Umwelt in Entwicklungs- und Schwellenländern zu verbessern. Einheitliche Vorschriften in Europa sollen garantieren, dass die Unternehmen ihre Lieferketten künftig verantwortungsvoll kontrollieren.

CDU/CSU konnten durchsetzen, dass überbordende Bürokratie für kleine und mittlere Unternehmen vermieden wird. Schließlich ist nicht jedes Unternehmen in der Lage, jeden einzelnen seiner möglicherweise tausenden von Lieferanten zu kontrollieren. Wir haben uns deshalb für einen risikobasierten Ansatz eingesetzt. Wir wollen, dass diejenigen Unternehmen, bei denen ein hohes Risiko von Menschenrechtsverletzungen wie Kinderarbeit vorliegen könnte, ihre Lieferketten kontrollieren müssen. Kleine und mittlere Unternehmen sollen hingegen nur dann unter die Richtlinie fallen, wenn sie in Hochrisiko-Sektoren, etwa der Textilbranche, tätig sind. Anstatt ein unausgewogenes strafrechtliches System zu schaffen, konnten wir ein zivilrechtliches Haftungssystem in Übereinstimmung mit nationalem Recht durchsetzen. Für uns ist klar: Unternehmen sollten nur dann haften, wenn sie tatsächlich für den angerichteten Schaden verantwortlich sind. Der konkrete Gesetzesvorschlag der EU-Kommission soll noch vor der Sommerpause vorgelegt werden.

EU-Gesundheitsprogramm EU4Health verabschiedet

Das neue EU-Gesundheitsprogramm EU4Health ist ein großer Erfolg für CDU und CSU. Gegen den Willen der CDU/CSU-Gruppe hatte die EU-Kommission ursprünglich kein eigenständiges Gesundheitsprogramm auf EU-Ebene mehr vorschlagen wollen. Erst die Corona-Pandemie führte zu dem notwendigen Kurswechsel. Entstanden ist das bisher umfangreichste EU-Gesundheitsprogramm: Zwischen 2021 und 2027 stehen insgesamt 5,1 Milliarden Euro für Gesundheit zur Verfügung, um u.a. die grenzüberschreitende Krisenprävention und die Überwachung von schweren Gesundheitsrisiken zu verbessern, die Digitalisierung der Gesundheitssysteme zu beschleunigen und den Zugang zur Gesundheitsversorgung für Risikogruppen zu verbessern.

Die Coronakrise hat deutlich gemacht, dass gerade auch die gesundheitspolitische Zusammenarbeit in Europa besser werden muss. Das EU-Gesundheitsprogramm EU4Health wird seinen Teil dazu beitragen. Klar ist aber auch: Es muss noch umfangreiche Weiterentwicklungen der EU-Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich geben. Viele gute Vorschläge dafür, wie beispielsweise die Einrichtung einer europäischen Version der amerikanischen biomedizinischen Forschungsstelle BARDA, liegen bereits auf dem Tisch. Die CDU/CSU-Gruppe wird sich dafür einsetzen, dass aus der Pandemie die richtigen Schlüsse gezogen werden.

Schauen Sie sich hierzu auch meine [Plenarrede](#) an.

CO2-Grenzausgleichsmechanismus

Das Europaparlament hat den Weg für einen CO2-Grenzausgleichsmechanismus geebnet. Die Grundidee dahinter ist, dass Waren, die in die EU importiert werden, „an der Grenze“ Abgaben für CO2-Emissionen leisten müssen, wie für in Europa produzierte Produkte. Damit sollen Produktionsverlagerungen, etwa von Stahl, in Drittländer verhindert werden. Für CDU/CSU steht fest: Ein solcher Grenzausgleichsmechanismus ist kein Allheilmittel. Problematisch ist beispielsweise, dass das Instrument den geltenden Regeln der Welthandelsorganisation zuwiderläuft. Unsere Unternehmen brauchen aber dringend Zugang zum globalen Markt, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Zusätzliche Nachteile durch Vergeltungsaktionen anderer Wirtschaftsregionen auf den Grenzausgleichsmechanismus wären Gift für unsere Wirtschaft.

Aus diesem Grund ist es gut, dass sich das Europaparlament mehrheitlich gegen Kürzungen bei der freien Zuteilung von Emissionszertifikaten ausgesprochen hat. Denn dadurch wäre unsere Wirtschaft doppelt bestraft worden. Unser Ziel lautet weiterhin: Wir brauchen ein globales Emissionshandelssystem, um eine gerechte CO2-Bepreisung weltweit zu erreichen.

Mit der Plenarabstimmung hat das Europaparlament seine Position festgelegt, bevor die EU-Kommission im Juni einen detaillierten Gesetzesvorschlag zur Einführung eines CO2-Grenzausgleichsmechanismus vorlegt.

Beginn der Konferenz zur Zukunft Europas

Mit der feierlichen Unterzeichnung einer gemeinsamen Erklärung von Europaparlament, EU-Kommission und EU-Ratspräsidentschaft am Mittwoch wurde es besiegelt: Die lang erwartete Konferenz zur Zukunft Europas kann endlich losgehen.

Was funktioniert an Europa, was funktioniert nicht? Wie kann man die demokratische Legitimation der EU verstärken? Die Erfahrungen bei der Impfstoffbeschaffung und anderen Krisen der vergangenen Jahre zeigen, dass das derzeitige EU-Institutionengefüge oft zu langsam und ineffektiv auf existentielle Herausforderungen reagiert. Diesen und weiteren Themen wird sich die Konferenz zur Zukunft Europas widmen, mit breiten Debatten und unter umfassender Beteiligung der Öffentlichkeit.

Die CDU/CSU-Gruppe ist darauf vorbereitet. Bereits im letzten Jahr haben wir umfassende Vorschläge dafür erarbeitet. Wir möchten Europa als lebenswerten und geeinten Kontinent für kommende Generationen weiterentwickeln und brauchen tiefgreifende Reformen in der Kompetenzverteilung, den Institutionen und der politischen Praxis der EU. In den Feldern, in denen die EU zuständig ist, muss sie auch handlungsfähig werden. Dabei muss bei jeder Entscheidung deutlich erkennbar sein, wer dafür die Verantwortung trägt. Die Konferenz sollte hierfür konkrete Vorschläge erarbeiten. Wir werden uns dabei umfassend einbringen.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Aktionsplan der EU-Kommission für Synergien zwischen der Zivil-, Verteidigungs- und Raumfahrt-Industrie

Zum Aktionsplan der EU-Kommission für Synergien zwischen der Zivil-, Verteidigungs- und Raumfahrt-Industrie erklären **Christian Ehler** (CDU), industriepolitischer Sprecher

der EVP-Fraktion und **Angelika Niebler** (CSU), Vorsitzende der CSU-Europagruppe und Mitglied im Industrie- und Forschungsausschuss des Europaparlaments:

"Es ist kein Geheimnis, dass viele zunächst vom Militär entwickelten Erfindungen heute unser Alltagsleben prägen. Das Internet oder GPS sind dafür vermutlich die bekanntesten Beispiele, aber auch weitaus einfachere und ältere Erfindungen gehen auf Militärforschung oder militärische Problemstellungen zurück, beispielsweise die Konservendose, die Armbanduhr oder der Sekundenkleber.

Es ist deshalb positiv, dass die Kommission Synergien zwischen ziviler, Raumfahrt und Verteidigungs-Industrie besser fördern möchte. Forschung und Innovation sind Europas Schlüssel, um im globalen Wettbewerb zu bestehen. Besonders begrüßenswert ist in dieser Hinsicht die geplante Einrichtung einer 'EU-Beobachtungsstelle für kritische Technologien', die dafür sorgen soll, dass sich der zivile Sektor und die Raumfahrt und Verteidigungsindustrie gegenseitig mit innovativen Technologien befruchten. Die neueste Sensorenteknik, beispielsweise aus der Raumfahrtforschung, soll nicht verstauben, sondern muss effizient an unsere Industriebetriebe weitergereicht werden.

Wir wollen dabei Standards setzen und die Rüstungs- und Raumfahrtindustrie spielt gerade auch für zivile Anwendungen eine enorm wichtige Rolle, deren Stellenwert oft unterschätzt wird. Da es sich bei den Käufern von Verteidigungs- und Luftfahrtprodukten überwiegend um öffentliche Einrichtungen handelt, stellt dies die Industrie und ihre Fähigkeit zur Innovation vor spezifische und gemeinsame Herausforderungen.

Der Aktionsplan der Kommission ist deshalb industrie- und forschungspolitisch ein wichtiges Signal. Wir begrüßen, dass sich auch die Staats- und Regierungschefs beim Europäischen Rat am 25. und 26. Februar damit befassen haben."

Aktionsplan zur Europäischen Säule sozialer Rechte und Empfehlungen zur aktiven Unterstützung von Beschäftigung

Die EU-Kommission stellte Anfang März ihren Aktionsplan zur Europäischen Säule sozialer Rechte und Empfehlungen zur aktiven Unterstützung von Beschäftigung ("EASE - Effective Active Support to Employment") vor. Dazu erklärt Dennis Radtke (CDU), sozialpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

„Der Aktionsplan zur Europäischen Säule sozialer Rechte gibt eine klare Richtung vor, wohin wir in Europa im Bereich der Beschäftigungs- und Sozialpolitik bis 2030 möchten. Die Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte muss dabei im absoluten Mittelpunkt stehen. Wir brauchen dafür ambitionierte und eindeutig messbare Ziele, um Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und gleichzeitig soziale Ungleichheiten zu reduzieren. Ich hätte mir sogar noch mehr konkrete Ziele bis 2030 gewünscht, zum Beispiel bei der Tarifbindung. Im Parlament werde ich mich dementsprechend dafür stark machen.

Im Aktionsplan besonders hervorzuheben sind die angekündigten Gesetzesinitiativen zur Regulierung von Plattformarbeit und zu Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz. Wir brauchen auf der einen Seite endlich klare und einheitliche Regeln für Unternehmen wie Uber und Deliveroo, vor allem im Umgang mit deren Beschäftigten, auf der anderen Seite müssen Menschen am Arbeitsplatz noch besser geschützt werden.

Es ist auch folgerichtig, dass die Kommission den Mitgliedstaaten heute mit den Empfehlungen zur aktiven Unterstützung von Beschäftigung ("EASE") Maßnahmen an die Hand gibt, die über die reine Krisenbewältigung hinausgehen. Wir brauchen mehr gute, krisenresistente und sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze, die insbesondere jungen Menschen ein vernünftiges Einkommen ermöglichen. Die Kommission zeigt dafür gute Ansätze auf."

Europäisch-kanadisches Handelsabkommen: Klage der Linksfraktion gescheitert

Das Bundesverfassungsgericht hat Anfang März eine Klage der Linksfraktion gegen den Bundestag wegen dessen Rolle beim vorläufigen Start des europäisch-kanadischen Handelsabkommens CETA als unzulässig abgewiesen. Hierzu erklärt Sven Simon (CDU), handelspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Gruppe im Europaparlament:

„Das heutige Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist ein deutliches Signal, dass der Bundestag seiner Integrationsverantwortung beim CETA-Abkommen nachgekommen ist. Es belegt höchststrichterlich, dass die Argumente von Freihandelsgegnern über Demokratieabbau durch Handelsabkommen unbegründet sind. In seinem Urteil bestätigt das Bundesverfassungsgericht die rechtliche Auffassung, die CDU und CSU im Bundestag und Europaparlament zu Freihandelsabkommen bereits seit Jahren vertreten.

Sobald die anderen noch anhängigen Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht entschieden wurden, sollte der Bundestag das CETA-Abkommen nun zügig ratifizieren. Die vorläufige Anwendung des EU-Kanada-Abkommens in den vergangenen drei Jahren hat gezeigt, wie wertvoll die Absenkung der Handelsbarrieren für viele Unternehmen in Deutschland sind, insbesondere auch für kleine und mittelständische Betriebe. Diese Erfolge sollten wir durch eine baldige Ratifizierung festschreiben.“

Europas digitale Ziele bis 2030

Die EU-Kommission präsentierte am Dienstag, 9. März, eine Mitteilung mit digitalen Zielen bis 2030. Hierzu erklären **Angelika Niebler** (CSU), Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe und Mitglied im Industriausschuss, und **Axel Voss** (CDU), rechtspolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

„Nicht erst die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass Europa bei der Digitalisierung Aufholbedarf hat. Hierfür brauchen wir eine glasklare, horizontale Strategie, die die richtigen Rahmenbedingungen für Unternehmen, Behörden sowie Bürgerinnen und Bürger schafft. Das heißt für uns: Die digitale Infrastruktur, vor allem im Bereich Cloud und 5G, muss schneller ausgebaut werden und das nicht erst bis 2030. Europäische Mittel, beispielsweise aus dem EU-Wiederaufbaufonds, können die dafür dringend benötigte Unterstützung sein. Wir brauchen auch einen einheitlichen digitalen Binnenmarkt sowie mehr Klarheit im Datenschutz als Vorbedingungen für eine nachhaltige Digitalisierung unserer Gesellschaft. Dazu gehören auch ein gerechtes und wirksames Steuersystem für Tech-Unternehmen sowie rechtliche Rahmenbedingungen zur Vermeidung von Daten- und Verbraucherschutzverstößen. Davon findet sich in dem heutigen Vorschlag der EU-Kommission leider wenig.

Eine europäische digitale Dekade wird nur dann ein langfristiger Erfolg, wenn wir die Rahmenbedingungen so gestalten, dass unsere Unternehmen, vor allem die 'Unicorns' von morgen, Anreize haben, innovative Technologie 'Made in Europe' voranzutreiben.

Kleinteilige Zielvorgaben werden uns in Sachen Digitalisierung nicht weiterbringen. Im Gegenteil: Wer immer nur Ziele vorgibt, ohne das Umfeld dafür zu schaffen, droht sich zu verzetteln.“

Ende für Verbrennungsmotoren: Keine populistischen Verbotsforderungen

Zu der von den Regierungen von Dänemark und der Niederlande angestoßenen Initiative von 9 Mitgliedstaaten, die EU-Kommission zum Vorschlag eines Auslaufdatums für Verbrennungsmotoren aufzufordern, erklären Daniel Caspary (CDU), Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europaparlament und Angelika Niebler (CSU), Co-Vorsitzende und Vorsitzende der CSU-Europagruppe:

„Es ist bezeichnend, dass größtenteils solche Mitgliedstaaten ein Verbrenner-Verbot fordern, die kaum nennenswerte Automobilproduktion haben. Auch die nahende Wahl in den Niederlanden mag bei dieser Initiative eine Rolle gespielt haben. Ein Auslaufdatum für den Verbrennungsmotor ist weder aus Klima- noch aus Luftschutzgründen sachgerecht. Die EU-Kommission tut gut daran, einen realistischen Vorschlag mit Augenmaß vorzulegen, der einen der wichtigsten Industriesektoren Europas nicht zusätzlich schwächt, sondern stärkt. Es geht schlicht um die globale Wettbewerbsfähigkeit einer Schlüsselindustrie Europas. Da helfen keine populistischen Verbotsforderungen, sondern die gezielte Förderung alternativer Antriebe. Die Kommission muss einen ganzheitlichen Ansatz wählen, der alle ökonomischen, ökologischen und sozialen Aspekte angemessen berücksichtigt.“

Digital Services Act & Digital Markets Act: Positionspapier angenommen

Die CDU/CSU-Gruppe im Europaparlament hat ein gemeinsam mit Digitalpolitikern aus der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag erarbeitetes [Positionspapier](#) zu den Vorschlägen der EU-Kommission zum Digital Services Act sowie zum Digital Markets Act angenommen. Darin werden gezielte Forderungen an die Ausgestaltung von DSA und DMA formuliert. „Digitale Plattformen haben eine immer größere Bedeutung im Wirtschaftsgeschehen. Der Datenreichtum dieser Konzerne sorgt gegenüber anderen Unternehmen für einen großen Wettbewerbsvorteil. So ist es für Unternehmen mit einer solch herausragenden Stellung vergleichsweise leicht, ihre Marktpositionen auf benachbarte Märkte zu übertragen. Diese Entwicklung hin zu einer geballten Konzentration von Marktmacht gefährdet die Innovationskraft unserer Wirtschaft und Gesellschaft. Sie ist mit den Zielen und Werten der Sozialen Marktwirtschaft nicht vereinbar“, heißt es in dem Papier.

In Bezug auf den Digital Services Act fordern die Abgeordneten europaweit standardisierte Meldewege zur Beschwerde bei strafbaren Inhalten im Netz sowie ein effizientes Verfahren für die Zusammenarbeit mit den Strafverfolgungsbehörden in diesem Zusammenhang. Zudem sollten Nutzer mehr Rechte durch die Einführung rascher Gegendarstellungs- und Beschwerdeverfahren auf Plattformen erhalten. Auch das Recht auf freie Rede online und in sozialen Netzwerken soll gestärkt und Overblocking vermieden werden.

Hintergrund des Forderungskataloges ist die teilweise problematische Verlagerung öffentlicher Diskurse in den digitalen Raum. So ist die öffentliche Debatte anfälliger geworden für Filterblasen sowie für Manipulation der Meinungsbildung. Die CDU/CSU-Gruppe im Europaparlament sowie die Bundestagsfraktion fordern auf diese Entwicklungen eine aktive und wirkungsvolle regulatorische Antwort der EU.

Mein Mittelfranken

Dreh- und Angelpunkt der Pandemie-Bekämpfung

Ende Februar besuchte ich den Leiter des Gesundheitsamts, Dr. Hanspeter Kubin, um mit ihm über die Situation der Gesundheitsämter zu sprechen.

Lesen Sie [hier](#) mehr.

Neue Pläne für die Otto-Lilienthal-Kaserne Roth

Seit vielen Jahren unterstütze und begleite ich den Bundeswehrstandort, die Otto-Lilienthal-Kaserne, in Roth. Nun steht fest: Roth hat den Zoll überzeugt! Vorbehaltlich einiger finaler Prüfungen, sollen in Roth künftig etwa 275 Anwärter für den mittleren Zolldienst aus- und fortgebildet werden. Ich freue mich sehr, dass sich unser Werben für den Standort ausgezahlt hat.

Lesen Sie dazu auf meiner [Website](#) mehr.

Corona-Krise: Überbrückungshilfen für die Landwirtschaft

Seit Januar 2021 gibt es die Corona-Überbrückungshilfe III. Für Bäuerinnen und Bauern ist der Zugang zu den Geldern nun von der Bundesregierung erleichtert worden. Vor allem Schweinehalter können vom Hilfsprogramm profitieren.

Weiterführende Informationen finden Sie auf meiner [Website](#).

Herzensangelegenheiten

Europäischer Bürgerpreis 2021

Das Europäische Parlament vergibt jährlich den „Europäischen Bürgerpreis“. Ausgezeichnet werden besondere Leistungen und außergewöhnliche Projekte für europäisches Engagement in verschiedenen Bereichen. Nominiert werden können Bürgerinnen und Bürger, Gruppen, Vereine und Organisationen. Bewerben Sie sich oder schlagen Sie jemanden vor! Die **Bewerbungsfrist** läuft bis zum **15. April 2021**.

Weitere Informationen und die Teilnahmebedingungen finden Sie [hier](#).

Mehr Transparenz bei der Vergütung der Geschlechter

Europaweit verdienen Frauen im Durchschnitt derzeit 14,1 Prozent weniger als Männer. Meine EVP-Kollegen Frances Fitzgerald and Dennis Radtke machen sich für mehr Transparenz bei der Vergütung der Geschlechter stark, denn dies sei die Voraussetzung für die Gleichstellung von Männern und Frauen.

Lesen Sie [hier](#) mehr zum Vorschlag der EU zur Erhöhung der Transparenz des geschlechtsspezifischen Entgelts.

Lesenswert

Mein Lesetipp: Erwacht das Europäische Semester aus seinem Dornröschenschlaf?

Die Corona-Krise hat die wirtschaftliche Annäherung innerhalb der EU weiter untergraben. Die großen Hilfsprogramme der EU bzw. der Mitgliedstaaten haben das noch verstärkt. Die Nutzung des Europäischen Semesters zur Verteilung des Großteils der Mittel aus dem „Next Generation EU“-Fonds ist sinnvoll, bedarf jedoch noch einiger Präzisierungen.

[Eine Publikation der Konrad Adenauer Stiftung](#)

Landtagswahlen am 14. März

Ergebnisse der Landtagswahl in [Baden-Württemberg](#)

Ergebnisse der Landtagswahl in [Rheinland-Pfalz](#)

RTL/ntv-Trendbarometer: Vertrauen in die Union sinkt

CDU/CSU 33, Grüne 18, SPD 16, Linke 8, FDP 8, AfD 10 Prozent

Die CDU/CSU verliert gegenüber der Vorwoche einen weiteren Prozentpunkt und kommt jetzt im aktuellen RTL/ntv-Trendbarometer noch auf 33 Prozent. Denselben Wert erzielte die Union auch bei der Bundestagswahl 2017 (32,9%). Auch die Grünen verlieren einen Prozentpunkt, liegen aber weiterhin zwei Prozentpunkte vor der SPD. FDP und AfD gewinnen jeweils einen Prozentpunkt, für SPD, Linke und sonstige kleinere Parteien ändert sich nichts.

Vor dem Hintergrund der Auseinandersetzungen über die derzeitige Corona-Politik sinkt auch das Vertrauen in die politische Kompetenz der Union. Gegenüber der Vorwoche ist der Kompetenzwert der CDU/CSU um fünf Prozentpunkte auf 30 Prozent gesunken. Das sind zehn Prozentpunkte weniger als Anfang Januar. SPD und Grünen allerdings trauen jeweils nur 6 Prozent der Bürger zu, mit den Problemen in Deutschland am besten fertig zu werden. 8 Prozent halten eine der übrigen Parteien für kompetent, 50 Prozent billigen gar keiner Partei politische Kompetenz zu.

Bei einer Bundestagswahl könnten die Parteien momentan mit folgendem Ergebnis rechnen: CDU/CSU 33 Prozent (Bundestagswahl 32,9%), SPD 16 Prozent (20,5%), FDP 8 Prozent (10,7%), Grüne 18 Prozent (8,9%), Linke 8 Prozent (9,2%), AfD 10 Prozent (12,6%). 7 Prozent würden sich für eine der sonstigen Parteien entscheiden (5,2%). Die Zahl der Nichtwähler und Unentschlossenen liegt mit 22 Prozent etwas unter dem Anteil der Nichtwähler bei der Bundestagswahl 2017 (23,8%).

In den Bundestag würden gemäß den aktuellen Wahlabsichten der Deutschen 737 Abgeordnete einziehen. Die Union würde gegenüber der Bundestagswahl 2017 18, die Grünen würden 75 Sitze hinzugewinnen. Alle übrigen Parteien würden verlieren. Die Mandatsverteilung im neuen Parlament: CDU/CSU 264, Grüne 142, SPD 126, Linke 63, FDP 63 und AfD 79 Sitze.

Kanzlerpräferenz: Habeck und Scholz nahezu gleichauf mit Laschet

Bei der Kanzlerpräferenz kann Markus Söder in dieser Woche seinen Vorsprung festigen: Wenn die Deutschen ihren Kanzler direkt wählen könnten, würden sich 37 Prozent für Söder entscheiden (plus 1 Prozentpunkt). Grünen-Chef Robert Habeck käme gegen Söder auf 18 Prozent (minus 1), SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz auf 15 Prozent (unverändert). Würden die Unionsparteien den neuen CDU-Vorsitzenden Armin Laschet als Kanzlerkandidaten aufstellen, würde er derzeit nahezu gleichauf liegen mit seinen Gegenkandidaten: Laschet käme auf 22 Prozent (unverändert), Habeck auf 21 Prozent (minus 1), Scholz auf 20 Prozent (plus 2).

67 Prozent der Saarländer und 38 Prozent der Hamburger erwarten Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Mit Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland in den kommenden Jahren bleiben die meisten Deutschen pessimistisch: 48 Prozent befürchten, dass sich die ökonomische Lage verschlechtern wird. 27 Prozent erwarten eine Verbesserung (minus zwei Prozentpunkte), 22 Prozent rechnen mit keiner Veränderung. Bezogen auf die einzelnen Bundesländer sind die Einschätzungen sehr unterschiedlich. Forsa hat fast 8.000 Bundesbürger nach ihren Wirtschaftserwartungen befragt. Die größten Pessimisten leben im Saarland: 67 Prozent der Saarländer befürchten, dass sich die Situation der Wirtschaft in ihrem Bundesland verschlechtern wird; nur 9 Prozent erhoffen eine Verbesserung. Besonders pessimistisch wird die wirtschaftliche Zukunft auch in Bremen (56%), Berlin (53%), Nordrhein-Westfalen (51%) und Niedersachsen (50%) eingeschätzt. Hamburger, Brandenburger und Schleswig-Holsteiner dagegen sehen die Zukunft ihrer Länder nicht ganz so schwarz: In Brandenburg und Schleswig-Holstein erwarten jeweils 40 Prozent, in Hamburg 38 Prozent eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse.

Die einzelnen Ergebnisse der Forsa-Umfrage finden Sie [hier](#)

Kontakt:

Büro Marlene Mortler, MdEP
Brüder Allee 1 | 91207 Lauf a.d.Pegnitz

Tel.: +49 9123 999 00 51

mittelfranken@marlenemortler.eu
www.marlenemortler.eu

Folgen Sie mir auch auf Instagram: [@marlene.mortler.csu](https://www.instagram.com/marlene.mortler.csu)

Redaktion: Daniela Seifart

Für diesen Newsletter gelten [Datenschutzbestimmungen](#).

Wenn Sie diese E-Mail nicht mehr erhalten möchten, teilen Sie uns dies bitte per E-Mail an mittelfranken@marlenemortler.eu mit.